
806/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 15.10.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein, Ing. Hofer
betreffend gesundheitsgefährdende Babyfläschchen

Babys und Kleinkinder erhalten Babynahrung in der Regel aus Babyfläschchen aus Plastik. Die Wahl fällt vor allem deshalb auf Kunststofffläschchen, weil diese viel leichter als Glasflaschen und zudem bruchstark sind.

Nichtsdestotrotz sind Plastikbabyfläschchen vor allem durch die Chemikalie Bisphenol A sehr umstritten, durch den es zu Störungen der Gehirn- und Verhaltensentwicklung kommen kann.

Medienberichte über Bisphenol A, kurz BPA, lösen bei Eltern immer wieder große Besorgnis aus. Dabei waren sich die Experten lange weitgehend einig, dass BPA für den Menschen ungefährlich ist. Seit einiger Zeit kommt es aber auch unter Wissenschaftlern aufgrund von Studien an Mäusen und Ratten, die nach der Verabreichung von BPA unter anderem Entwicklungsstörungen, Veränderungen im Erbgut und ein erhöhtes Krebsrisiko aufweisen, zunehmend zu Diskussionen. Dies führt dazu, dass mittlerweile einzelne Staaten erwägen, Bisphenol A zu verbieten.

BPA ist eine der wichtigsten Alltagschemikalien, mehr als drei Millionen Tonnen dieser Substanz werden jährlich produziert. In Epoxidharzlacken findet es sich auf der Innenseite von Konservendosen und Thermoskannen; als Bestandteil des Kunststoffes Polycarbonat taucht es in CD-ROMs, Handys, Autoteilen und Plastikverpackungen auf – und eben in Babyfläschchen aus Kunststoff.

Da eine niedrige Konzentration von BPA nach derzeitigem Stand keine Gefahr für Menschen darstellt, sich aber Spuren des Stoffes, der eine hormonähnliche Wirkung hat, bei starker Hitze aus Plastik lösen, beispielsweise wenn Babyflaschen in der Mikrowelle erwärmt werden, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Gesundheitsminister, wird aufgefordert, eine rasche Überprüfung aller am Markt befindlichen Plastikbabyfläschchen auf den Stoff Bisphenol A zu veranlassen, die Prüfergebnisse zu veröffentlichen und sich bei den Produzenten von Plastikbabyfläschchen bzw. auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Plastikbabyfläschchen sowie andere Babyartikel, die derzeit Bisphenol A enthalten, diesen Wirkstoff künftig nicht mehr enthalten.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Gesundheitsausschuss ersucht.